

Personalbemessung in Krankenhäusern

Göttingen, den 21. 05. 2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Universitätskliniken Göttingen,
liebe Julia Niekamp, lieber Patrick von Brandt!

Als ich 2009 als damaliger Bundestagskandidat der LINKEN im Wahlkreis Göttingen gemeinsam mit Patrick Humke wegen der sog. Outsourcing-Pläne der Universitätsleitung ein längeres Gespräch mit Mitarbeiter/innen des Klinikums hatte, wurden wir schon da deutlich auf die sich zuspitzende Personalknappheit und die damit verbundene Arbeitsverdichtung und -belastung hingewiesen. Nun, nach vier Jahren, hat sich Problemlage noch deutlich verschärft. Die Rede vom Burn-out-Alarm in den Krankenhäusern greift um sich. Pflegekräfte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen und müssen zudem noch in vielen Fällen deutliche Lohneinbußen hinnehmen. Im ver.di Pflegecheck wird festgestellt, dass zwischenzeitlich 162.000 Stellen in den Krankenhäusern fehlen. Ebenso beschämend ist der Vergleich des Personalschlüssels mit der Patientenzahl. 21 Patienten/innen muss ein/e Beschäftigte/r im Schnitt hier zu Lande betreuen, während es in Dänemark mit 10 und Norwegen mit acht Patienten/innen weniger als die Hälfte sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag im April eine kleine Anfrage zur Einschätzung der Bundesregierung zur Stellensituation im Pflegedienst der Krankenhäuser gestellt. Die Bundesregierung leugnet schlichtweg in ihrer Antwort jeglichen Zusammenhang zwischen einer personellen Unterdeckung, der Überbelastung des Personals und der sich verschlechternden Patientenversorgung. „Belastbare Quellen“ zwischen Personalabbau und gesundheitlichen Schädigungen des Personals gäbe es nicht. Gesetzliche Vorgaben im Sinne einer Personalbemessung „würde die Dispositionsmöglichkeiten der Krankenhäuser unangemessen einschränken“ und den gewünschten Wettbewerb zwischen den Kliniken verzerren.

Immerhin, auf Druck der Öffentlichkeit hat die Bundesregierung zusätzlich 880 Millionen Euro zur Krankenhausfinanzierung zusätzlich aufgelegt. Aber auch das bleibt ein Nullsummenspiel, da sie in den zurückliegenden zwei Jahren den Krankenhäusern 920 Millionen entzogen hat.

Um „Dumpingpflege“ zu vermeiden und Patienten und Personal zu schützen stellen sich DIE LINKE und ich als ihr Bundestagskandidat im Wahlkreis Göttingen voll hinter die von über tausend Kolleginnen und Kollegen aus der UMG unterzeichneten Forderung nach einer gesetzlich verankerten Personalbemessung.

Wir unterstützen dabei die von ver.di angeführten Kriterien im vollen Umfang:

- Sicherheit der Patienten;
- Einhaltung von Pflegestandards;
- Berücksichtigung der Schwere der Arbeit;
- gesunde Arbeitsbedingungen;
- ausreichend fachlich qualifiziertes Personal!

Vor dem Hintergrund der schon vor vier Jahren erhaltenen Informationen über die schwierigen Arbeitsbedingungen auch z.B. der Beschäftigten in der Reinigung fordern wir auch für diese Personalbemessungsrichtlinien. Reinigungskräfte z.B. im OP-Bereich und auf einer Intensivstation dürfen nicht durch Kostendruck und falsches Wettbewerbsverständnis gezwungen werden, nur noch unter Stress ihre verantwortungsvolle Arbeit durchführen zu müssen.

Es darf nicht sein, dass in den Kliniken öffentlicher Träger Zustände herrschen, wie wir sie leider schon seit längerem von den Mitarbeiter/innen privatisierter Einrichtungen – hier sei für Göttingen Asklepios genannt – immer wieder geschildert bekommen.

Gesundheit darf nicht zur Ware degradiert werden. Das Klinikpersonal ist keine Dispositionsmasse zur „Haushaltssanierung“. Lohndumping, sog. Arbeitsverdichtung und krankmachender Stress verstoßen nach unserer Auffassung gegen elementare Grundrechte.

Mit solidarischen Grüßen

Gerd Nier

(Bundestagskandidat DIE LINKE im Wahlkreis 54)